

SIMON HERBERT BANGERT

Der Direktanspruch im
deutschen und englischen
Haftpflichtversicherungsrecht

Gesellschaft für Rechtsvergleichung e.V.

*Rechtsvergleichung
und Rechtsvereinheitlichung*

58

Mohr Siebeck

Rechtsvergleichung und Rechtsvereinheitlichung

Herausgegeben von der
Gesellschaft für Rechtsvergleichung e.V.

58



Simon Herbert Bangert

Der Direktanspruch
im deutschen und englischen
Haftpflichtversicherungsrecht

Mohr Siebeck

Simon Herbert Bangert, geboren 1988; Studium der Rechtswissenschaften an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg; Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Basel; 2012 Erste Juristische Staatsprüfung; 2014 Zweite Juristische Staatsprüfung; 2018 Promotion (Freiburg); seit 2014 Rechtsanwalt in Frankfurt am Main.

ISBN 978-3-16-156353-9 / eISBN 978-3-16-156354-6

DOI 10.1828/978-3-16-156354-6

ISSN 1861-5449 / eISSN 2569-426X (Rechtsvergleichung und Rechtsvereinheitlichung)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2018 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2017/2018 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Dissertation angenommen. Das Manuskript wurde im Februar 2017 fertiggestellt.

Mein herzlicher und aufrichtiger Dank gilt zunächst meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Alexander Bruns, LL.M. (Duke Univ.), für die Betreuung und die fortwährende Unterstützung meines Promotionsvorhabens sowie für die inhaltlichen Freiheiten, die er mir bei der Bearbeitung des Themas gewährt hat. Frau Prof. Dr. Katharina von Koppenfels-Spies danke ich herzlich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Besonderen Dank schulde ich zudem Herrn Prof. Dr. Peter Jung, der mich stets mit Rat und Tat unterstützt hat und der mir an seinem Lehrstuhl an der Universität in Basel spannende und lehrreiche Einblicke in das Handels- und Gesellschaftsrecht ermöglichte.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. hat die Entstehung dieser Arbeit durch ein großzügiges Promotionsstipendium gefördert, wofür ich dankbar bin. Der Gesellschaft für Rechtsvergleichung e.V. danke ich für die Aufnahme dieser Arbeit in die Schriftenreihe „Rechtsvergleichung und Rechtsvereinheitlichung“.

Der größte Dank gebührt indes meinen Eltern Herbert Ludwig und Elfriede Bangert, deren uneingeschränkter und selbstloser Unterstützung ich mir in allen Lebenslagen stets gewiss sein konnte. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Frankfurt am Main, im Juli 2018

Simon Herbert Bangert

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
<i>1. Teil: Einleitung</i>	1
A. Gegenstand und Anlass der Arbeit	2
B. Ziele des Rechtsvergleichs	3
C. Gang der Untersuchung	6
<i>2. Teil: Allgemeine Grundlagen des Direktanspruchs in der Haftpflichtversicherung</i>	9
A. Haftpflichtversicherung und zugrundeliegende Rechtsbeziehungen	11
I. Haftpflichtversicherung	11
II. Rechtsbeziehungen	40
B. Grundlagen des Direktanspruchs	61
I. Begriffsklärung und Darlegung der verschiedenen Arten eines Direktanspruchs	61
II. Gesetzlicher Direktanspruch und „Direktklage“	74
III. Zielrichtung und Rechtfertigung des gesetzlichen Direktanspruchs	77
IV. Rechtskonstruktive Gestaltungsmöglichkeiten des gesetzlichen Direktanspruchs	99
V. Typische Erscheinungsformen des gesetzlichen Direktanspruchs und Auswirkungen auf die Werthaltigkeit für den Geschädigtenschutz	106
C. Historische Entwicklung des gesetzlichen Direktanspruchs	111
I. Deutschland	111
II. England	116
III. Vergleichende Betrachtung	139
<i>3. Teil: Rechtliche Ausgestaltung des gesetzlichen Direktanspruchs im deutschen und englischen Haftpflichtversicherungsrecht</i>	141
A. Überblick über die gesetzlichen Direktansprüche und rechtskonstruktive Ausgestaltung	143

I.	Deutschland	143
II.	England	147
III.	Vergleichende Betrachtung	157
B.	Anwendungsbereich und Entstehungsvoraussetzungen	165
I.	Deutschland	165
II.	England	179
III.	Vergleichende Betrachtung	215
C.	Einwendungen gegen die gesetzlichen Direktansprüche	225
I.	Leitlinien aus völkerrechtlichen Vereinbarungen und aus dem Unionsrecht	227
II.	Deutschland	235
III.	England	274
IV.	Vergleichende Betrachtung	342
D.	Regressrechte des Haftpflichtversicherers	367
I.	Deutschland	368
II.	England	377
III.	Vergleichende Betrachtung	388
E.	Auskunfts- und Informationsrechte des Geschädigten	393
I.	Deutschland	394
II.	England	405
III.	Vergleichende Betrachtung	425
<i>4. Teil: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse und Reformvorschläge</i>		435
A.	Allgemeine Grundlagen des Direktanspruchs in der Haftpflichtversicherung	437
I.	Haftpflichtversicherung und zugrundeliegende Rechtsbeziehungen	437
II.	Grundlagen des Direktanspruchs	439
III.	Historische Entwicklung des gesetzlichen Direktanspruchs	441
B.	Rechtliche Ausgestaltung des gesetzlichen Direktanspruchs im deutschen und englischen Haftpflichtversicherungsrecht	445
I.	Überblick über die gesetzlichen Direktansprüche und rechtskonstruktive Ausgestaltung	445
II.	Anwendungsbereich und Entstehungsvoraussetzungen	446
III.	Einwendungen gegen die gesetzlichen Direktansprüche	448
IV.	Regressrechte des Haftpflichtversicherers	452
V.	Auskunfts- und Informationsrechte des Geschädigten	454
C.	Konkrete Reformvorschläge für das deutsche Recht im Überblick	457
Literaturverzeichnis		459
Sachregister		473

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
1. Teil: Einleitung	1
<i>A. Gegenstand und Anlass der Arbeit</i>	<i>2</i>
<i>B. Ziele des Rechtsvergleichs</i>	<i>3</i>
<i>C. Gang der Untersuchung</i>	<i>6</i>
2. Teil: Allgemeine Grundlagen des Direktanspruchs in der Haftpflichtversicherung	9
<i>A. Haftpflichtversicherung und zugrundeliegende Rechtsbeziehungen</i>	<i>11</i>
I. Haftpflichtversicherung	11
1. Rechtliche Grundlagen	12
a) Gesetzliche Rahmenbedingungen	12
b) Allgemeine Versicherungsbedingungen (AVB)	15
2. Versicherungssystematische Einordnung der Haftpflichtversicherung	19
3. Arten der Haftpflichtversicherung	21
a) Produktvielfalt aufgrund des Grundsatzes der Spezialität der versicherten Gefahr	21
b) Fakultative und obligatorische Haftpflichtversicherungen	22
4. Wesentlicher Inhalt des Haftpflichtversicherungsvertrags	27
a) Leistungspflichten des Haftpflichtversicherers	27
b) Leistungspflichten und Obliegenheiten des Versicherungsnehmers	33
aa) Pflicht zur Leistung der Versicherungsprämie	33
bb) Obliegenheiten des Versicherungsnehmers	34

5. Zwischenergebnis	38
II. Rechtsbeziehungen	40
1. Haftpflichtverhältnis	41
a) Haftungsrecht	41
b) Auswirkungen der Haftpflichtversicherung auf die Haftung	45
2. Deckungsverhältnis	48
3. Rechtsstellung des Geschädigten in der Haftpflichtversicherung	52
a) Grundsatz	52
b) Berücksichtigung der Interessen des Geschädigten	54
aa) Einräumung gesetzlicher Direktansprüche	54
bb) Anderweitiger Schutz der Interessen des Geschädigten	55
4. Zwischenergebnis	59
B. Grundlagen des Direktanspruchs	61
I. Begriffsklärung und Darlegung der verschiedenen Arten eines Direktanspruchs	61
1. Begriff des „Direktanspruchs“	61
2. Arten eines Direktanspruchs	63
a) Rechtsgeschäftlich begründete Direktansprüche	63
aa) Vertrag zugunsten Dritter	63
bb) Abtretung des Versicherungsanspruchs	65
cc) Vereinbarung zwischen Geschädigtem und Haftpflichtversicherer	70
b) Gesetzlich begründete Direktansprüche	72
3. Beschränkung des Untersuchungsgegenstandes	74
II. Gesetzlicher Direktanspruch und „Direktklage“	74
1. Ablehnung des Begriffs „ <i>action directe</i> “	74
2. Differenzierung zwischen gesetzlichem Direktanspruch und Direktklage	75
3. Einstufiges oder zweistufiges Vorgehen gegen den Haftpflichtversicherer	76
III. Zielrichtung und Rechtfertigung des gesetzlichen Direktanspruchs	77
1. Allgemeine Zielrichtung und divergierendes Schutzniveau	77
2. Kritik und Rechtfertigung	79
a) Bedenken gegen einen gesetzlichen Direktanspruch	80
aa) Verfassungsrechtliche Bedenken	80
bb) Verstoß gegen das Trennungsprinzip	80
cc) Fehlende Notwendigkeit für gesetzliche Direktansprüche	83
dd) Beeinträchtigung der präventiven Funktion des Haftungsrechts	84

ee) Negative Auswirkungen auf die Reputation der Versicherungswirtschaft	85
ff) Erhöhung der Haftpflichtversicherungsprämien	86
gg) Gefährdung der Interessen des Versicherungsnehmers	88
hh) Informationsdefizit beim Haftpflichtversicherer	89
ii) Prozessuale Bedenken	90
b) Rechtfertigende Argumente für einen gesetzlichen Direktanspruch	93
aa) Stärkung der wirtschaftlichen und rechtlichen Stellung des Geschädigten	93
bb) Beschleunigung der Schadensabwicklung und Steigerung der Prozessökonomie	94
cc) Kodifizierung der Lebenswirklichkeit	95
dd) Vorteile für den schädigenden Versicherungsnehmer	96
ee) Vorteile für den Haftpflichtversicherer	97
ff) Weitere Vorteile	97
c) Fazit	98
IV. Rechtskonstruktive Gestaltungsmöglichkeiten des gesetzlichen Direktanspruchs	99
1. Anknüpfung an Haftpflichtversicherungsvertrag	100
2. Konzeption als Versicherungsanspruch	103
3. Anknüpfung an Haftpflichtverhältnis	104
V. Typische Erscheinungsformen des gesetzlichen Direktanspruchs und Auswirkungen auf die Werthaltigkeit für den Geschädigtenschutz	106
1. Kriterium: Anwendungsbereich	107
2. Kriterium: Entstehungsvoraussetzungen	107
3. Kriterium: Zulässigkeit versicherungsrechtlicher Einwendungen	108
<i>C. Historische Entwicklung des gesetzlichen Direktanspruchs</i>	111
I. Deutschland	111
1. Ausgangssituation: Kein Direktanspruch	111
2. Direktanspruch in der Kfz-Pflichthaftpflichtversicherung	113
3. VVG-Reform 2008	114
II. England	116
1. Ausgangssituation: Kein Direktanspruch	116
2. Die Anfänge des gesetzlichen Direktanspruchs	118
a) <i>Workmen's Compensation Act 1906</i>	119
b) <i>Third Parties (Rights against Insurers Act) 1930</i>	120
aa) Hintergrund	120
bb) Ausgestaltung des Direktanspruchs	122

(1) Gesetzlicher Übergang der Versicherungsforderung	122
(2) Schutzvorschriften zugunsten des Geschädigten	122
(3) Einwendungsdurchgriff und geschädigten- unfreundliche Rechtsprechung	124
(4) Auskunftsrechte des Geschädigten	127
cc) Bedeutungswandel	128
dd) Kritik	129
(1) Erfordernis der vorherigen Feststellung der Schadensersatzpflicht	129
(2) Ausgestaltung und gerichtliche Handhabung des Auskunftsrechts	130
(3) Durchgriff bestimmter versicherungsrechtlicher Einwendungen	131
3. Besondere Direktansprüche, insbesondere in der Kfz-Haftpflichtversicherung	131
4. <i>Third Parties (Rights against Insurers) Act 2010</i>	135
a) Erste Reformüberlegungen und Vorarbeiten durch die <i>Law Commission</i>	135
b) Defizite in der ursprünglichen Gesetzesfassung	137
c) Korrektur durch den Gesetzgeber und (verspätetes) Inkrafttreten	138
III. Vergleichende Betrachtung	139
3. Teil: Rechtliche Ausgestaltung des gesetzlichen Direktanspruchs im deutschen und englischen Haftpflicht- versicherungsrecht	141
A. <i>Überblick über die gesetzlichen Direktansprüche und rechtskonstruktive Ausgestaltung</i>	143
I. Deutschland	143
1. Rechtsgrundlagen	143
2. Rechtskonstruktive Ausgestaltung	145
II. England	147
1. Rechtsgrundlagen	147
a) <i>Third Parties (Rights against Insurers) Act 2010</i>	147
b) Direktansprüche in der Kfz-Haftpflichtversicherung	148
c) Sonstige gesetzliche Direktansprüche	150
2. Rechtskonstruktive Ausgestaltung	152
a) <i>Third Parties (Rights against Insurers) Act 2010</i>	153
b) Direktansprüche in der Kfz-Haftpflichtversicherung	154
aa) S. 151 <i>Road Traffic Act 1988</i>	154

bb) Reg. 3 (2) <i>European Communities (Rights against Insurers) Regulations 2002</i>	155
c) Sonstige gesetzliche Direktansprüche	156
III. Vergleichende Betrachtung	157
1. Rechtsgrundlagen	157
2. Rechtskonstruktive Ausgestaltung	160
3. Würdigung	162
 B. Anwendungsbereich und Entstehungsvoraussetzungen	 165
I. Deutschland	165
1. Anwendungsbereich des Direktanspruchs aus § 115 VVG	165
a) Sachlicher Anwendungsbereich und analoge Anwendung	166
b) Zeitlicher und persönlicher Anwendungsbereich	167
2. Voraussetzungen für einen Direktanspruch aus § 115 VVG	169
a) Allgemeiner Direktanspruch in der Kfz-Pflichthaftpflichtversicherung (§ 115 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 VVG)	169
b) Begrenzter Direktanspruch bei sonstigen Pflichthaftpflichtversicherungen	170
aa) Direktanspruch in der Insolvenz des Versicherungsnehmers (§ 115 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 VVG)	171
bb) Direktanspruch bei unbekanntem Aufenthalt des Versicherungsnehmers (§ 115 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 VVG)	172
cc) Maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen	174
c) Analogieerwägungen	176
aa) Analoge Anwendung des § 115 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 VVG	176
bb) Analoge Anwendung des § 115 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 VVG	177
3. Auswirkungen eines bestehenden Direktanspruchs auf Schadensersatz- und Haftpflichtversicherungsforderung	178
II. England	179
1. Direktanspruch aus dem <i>Third Parties (Rights against Insurers) Act 2010</i>	179
a) Anwendungsbereich	179
aa) Sachlicher Anwendungsbereich	180
bb) Anwendung auf andere Versicherungssparten	181
cc) Zeitlicher und territorialer Anwendungsbereich	182
b) Voraussetzungen	183
aa) Überblick	183
bb) Natürliche Personen als Versicherungsnehmer	185
(1) Erlass einer <i>administration order</i> nach dem <i>County Courts Act 1984</i>	186

(2) Erlass einer <i>enforcement restriction order</i> nach dem <i>County Courts Act 1984</i>	187
(3) Anordnung eines Schuldbefreiungsverfahrens nach s. 251A ff. <i>Insolvency Act 1986</i>	188
(4) Außergerichtlicher Vergleich nach s. 252 ff. <i>Insolvency Act 1986 (Individual Voluntary Arrangement)</i>	189
(5) Eröffnung eines Insolvenzverfahrens (<i>bankruptcy</i>)	190
(6) Auswirkungen des Todes des Versicherungsnehmers	191
cc) Gesellschaften als Versicherungsnehmer	192
(1) Außergerichtliche Vergleichsverfahren	192
(a) Vergleich nach dem <i>Companies Act 2006</i> (<i>scheme of arrangement</i>)	193
(b) Vergleich nach s. 1 ff. <i>Insolvency Act 1986</i> (<i>Company Voluntary Arrangement</i>)	195
(2) Durchführung eines <i>administration</i> -Verfahrens	196
(3) Durchführung eines <i>administrative-receivership</i> - Verfahrens	197
(4) Abwicklung der Gesellschaft (<i>winding-up</i>)	198
(a) <i>Voluntary winding-up</i>	199
(b) <i>Compulsory winding-up</i>	199
(5) Sektorspezifische Insolvenzverfahren	200
(6) Auflösung der Gesellschaft (<i>dissolution</i>)	201
dd) Maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen	202
c) Auswirkungen eines bestehenden Direktanspruchs auf Schadensersatz- und Haftpflichtversicherungsforderung	203
2. Direktanspruch aus s. 151 <i>Road Traffic Act 1988</i>	204
a) Anwendungsbereich	204
b) Voraussetzungen	205
aa) Existenz eines Schadensersatzurteils	206
bb) Aushändigung eines <i>certificate of insurance</i> an den Versicherungsnehmer	207
cc) Abstrakte Haftpflichtversicherungspflicht für konkrete Schadensersatzschuld	209
dd) Vorliegen von Deckungsschutz für konkrete Schadensersatzschuld	210
c) Auswirkungen eines bestehenden Direktanspruchs auf Schadensersatz- und Haftpflichtversicherungsforderung	211
3. Direktanspruch aus reg. 3 (2) <i>European Communities</i> (<i>Rights against Insurers</i>) <i>Regulations 2002</i>	212
a) Anwendungsbereich	212
b) Voraussetzungen	213
c) Auswirkungen eines bestehenden Direktanspruchs auf Schadensersatz- und Haftpflichtversicherungsforderung	215

III. Vergleichende Betrachtung	215
1. Anwendungsbereich	215
2. Entstehungsvoraussetzungen	219
3. Würdigung und Stellungnahme	223
<i>C. Einwendungen gegen die gesetzlichen Direktansprüche</i>	<i>225</i>
I. Leitlinien aus völkerrechtlichen Vereinbarungen und aus dem Unionsrecht	227
1. Völkerrechtliche Vorgaben	227
2. Unionsrechtliche Vorgaben	229
a) Kraftfahrzeughaftpflicht-Richtlinien	230
b) Rechtsprechung des EuGH	232
II. Deutschland	235
1. Schadensrechtliche Einwendungen	236
a) Allgemeiner Grundsatz	236
b) Rechtliche Veränderungen des Schadensersatzanspruchs im Haftpflichtverhältnis	236
aa) Grundsatz der Einzelwirkung	237
bb) Gesamtwirkende Umstände	237
c) Maßgeblichkeit gerichtlicher Entscheidungen aus einem Haftpflichtprozess	239
aa) Gesetzliche Grundkonzeption	240
bb) Maßgeblichkeit eines klageabweisenden Urteils	241
cc) Maßgeblichkeit eines klagestattgebenden Urteils	241
(1) Grundsatz der Bindungswirkung	242
(2) Anwendbarkeit des Grundsatzes der Bindungswirkung im Direktanspruchsverhältnis	243
(a) Ablehnung durch die herrschende Meinung	244
(b) Plädoyer für eine Erstreckung der Bindungswirkung	245
2. Versicherungsrechtliche Einwendungen	247
a) Grundlagen	247
aa) Ursprung der „versicherungsrechtlichen Einwendungen“	247
bb) Versicherungsrechtliche Einwendungen gegen den gesetzlichen Direktanspruch – Grundkonzeption des deutschen Rechts	249
b) Einwendungsdurchgriff	250
aa) Primäre Risikobeschreibungen und Risikoausschlüsse	250
bb) Insbesondere: Vorsätzliche Herbeiführung des Versicherungsfalls (§ 103 VVG)	252
c) Einwendungsausschluss	256
aa) Selbstbehalt (§ 114 Abs. 2 S. 2 VVG)	256

bb) Sonstige versicherungsrechtliche Einwendungen	
(§ 117 VVG)	256
(1) „Krankes Versicherungsverhältnis“ (§ 117 Abs. 1 VVG)	257
(2) Nachhaftung (§ 117 Abs. 2 VVG)	258
(3) Begrenzung der Einstandspflicht	261
cc) Ergänzung durch Aufrechnungsverbot (§ 121 VVG)	262
3. Einwendungen aus dem Direktanspruchsverhältnis	263
a) Obliegenheitsverletzungen (§§ 119, 120 VVG)	263
aa) Gesetzliche Obliegenheiten des Geschädigten	263
bb) Rechtsfolgen von Obliegenheitsverletzungen	265
b) Verjährung des Direktanspruchs	266
4. Die Rolle des Entschädigungsfonds in der Kfz-Haftpflicht-	
versicherung (§§ 12 ff. PflVG)	269
a) Hintergrund und Grundlagen	269
b) Allgemeine Voraussetzungen der Leistungspflicht des	
Entschädigungsfonds	271
c) Begrenzung der Leistungspflicht	272
aa) Subsidiarität	272
bb) Weitergehende Leistungseinschränkungen	273
d) Schadensregulierung	274
III. England	274
1. Direktanspruch aus dem <i>Third Parties (Rights against Insurers)</i>	
<i>Act 2010</i>	275
a) Schadensrechtliche Einwendungen	275
aa) Feststellung des Schadensersatzanspruchs im Verhältnis	
zum Schädiger	276
(1) Maßgeblichkeit eines Anerkenntnisses sowie	
vergleichsweiser Regelungen	276
(2) Maßgeblichkeit einer gerichtlichen Entscheidung	
aus einem Haftpflichtprozess	277
bb) Feststellung des Schadensersatzanspruchs im Verhältnis	
zum Versicherer	280
(1) Grundsatz	280
(2) Ausnahme	280
b) Versicherungsrechtliche Einwendungen	281
aa) Ursprung der „versicherungsrechtlichen Einwendungen“	281
bb) Grundsatz des Einwendungsdurchgriffes	283
(1) Vorgängergesetz und Reformüberlegungen	283
(2) Geltende Rechtslage: Umfassender Einwendungs-	
durchgriff	284
(3) Ergänzung durch Aufrechnungsmöglichkeit (s. 10	
<i>Third Parties (Rights against Insurers) Act 2010</i>)	285
cc) Ausnahmen	286

(1) Arbeitgeberhaftpflichtversicherung (<i>employers' liability insurance</i>)	286
(2) Ausnahmen nach s. 9 <i>Third Parties (Rights against Insurers) Act 2010</i>	289
(a) Vornahme von Obliegenheiten durch den Geschädigten	289
(b) Anzeige- und Mitwirkungsobliegenheiten verstorbener oder aufgelöster Versicherungsnehmer	290
(c) <i>Pay-to-be-paid</i> -Klauseln	291
(3) Ausnahme nach s. 17 <i>Third Parties (Rights against Insurers) Act 2010</i>	292
(4) Vorsätzliche Herbeiführung des Versicherungsfalls	293
c) Verjährung des Direktanspruchs	294
2. Direktanspruch aus s. 151 <i>Road Traffic Act 1988</i>	295
a) Schadensrechtliche Einwendungen	295
b) Versicherungsrechtliche Einwendungen	296
aa) Gesetzliche Grundkonzeption	296
bb) Einwendungsausschlüsse	297
(1) Einwendungen aufgrund originärer Begrenzung des Versicherungsschutzes	298
(a) Inhaltliche Beschränkung des Versicherungsschutzes	298
(b) Persönliche Beschränkung des Versicherungsschutzes	300
(c) Quantitative Beschränkung des Versicherungsschutzes	301
(2) Einwendungen resultierend aus dem Verhalten des Versicherungsnehmers	302
(a) Verletzung vorvertraglicher Anzeigepflichten	302
(b) Verletzung von Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalls	304
(c) Vorsätzliche Herbeiführung des Versicherungsfalls	304
(3) Nachhaftung	307
(a) Bisherige Rechtslage	307
(b) Änderung durch den <i>Deregulation Act 2015</i>	307
c) Einwendungen aus dem Direktanspruchsverhältnis	308
aa) Anzeigeobliegenheit	308
bb) Verjährung des Direktanspruchs	310
3. Direktanspruch aus reg. 3 (2) <i>European Communities (Rights against Insurers) Regulations 2002</i>	310
a) Schadensrechtliche Einwendungen	310
b) Versicherungsrechtliche Einwendungen	311
c) Verjährung des Direktanspruchs	313

4. Die Rolle des Entschädigungsfonds in der Kfz-Haftpflichtversicherung	313
a) Grundlagen	313
b) <i>Uninsured Drivers Agreement</i>	316
aa) Anwendungsbereich und Voraussetzungen der Leistungspflicht	316
bb) Begrenzung der Leistungspflicht	318
(1) Subsidiarität	318
(2) Weitergehende Leistungseinschränkungen	318
cc) Schadensregulierung	320
c) <i>Untraced Drivers Agreement</i>	322
aa) Anwendungsbereich und Voraussetzungen der Leistungspflicht	322
bb) Begrenzung der Leistungspflicht	324
(1) Subsidiarität	324
(2) Weitergehende Leistungseinschränkungen	324
cc) Schadensregulierung	325
5. Unvereinbarkeit mit unionsrechtlichen Vorgaben im Bereich der Kfz-Haftpflichtversicherung	327
a) Befund der Unionsrechtswidrigkeit	328
aa) Unzulässige Einwendungsdurchgriffe	328
bb) Stellung des Geschädigten-Entschädigungsfonds	329
b) Bedenkliche Entscheidungen des <i>Court of Appeal</i>	331
aa) <i>Silverton v. Goodall</i>	331
bb) <i>Delaney v. Pickett</i>	332
cc) <i>EUI Ltd v. Bristol Alliance Limited Partnership</i>	335
dd) Fazit	337
c) Wandel in der Rechtsprechung und erste Reformen	338
aa) <i>Delaney v. Secretary of State for Transport</i>	338
bb) Auswirkungen der Entscheidung	340
IV. Vergleichende Betrachtung	342
1. Schadensrechtliche Einwendungen	342
2. Versicherungsrechtliche Einwendungen	344
a) Ursprung „versicherungsrechtlicher Einwendungen“	345
b) Völker- und unionsrechtliche Vorgaben	346
c) Grundkonzeption: Vollumfängliche Drittwirkung versicherungsrechtlicher Einwendungen	347
d) Einwendungsausschlüsse	348
e) Würdigung	355
3. Einwendungen aus dem Direktanspruchsverhältnis	356
a) Obliegenheiten des Geschädigten gegenüber dem Haftpflichtversicherer	356
b) Verjährung des Direktanspruchs	358

4. Die Rolle des Entschädigungsfonds in der Kfz-Haftpflichtversicherung	360
a) Zweck, Organisation und Bedeutung des Entschädigungsfonds	360
b) Leistungspflicht des Entschädigungsfonds	362
c) Vervollkommnung des Geschädigtenschutzes durch Fondslösung bei sämtlichen Pflichthaftpflichtversicherungen?	363
5. Gesamtwürdigung	364
<i>D. Regressrechte des Haftpflichtversicherers</i>	367
I. Deutschland	368
1. Grundlegende Differenzierung	368
2. Regressrechte im Anwendungsbereich des gesetzlichen Direktanspruchs	369
a) Dogmatische Grundlagen und Überblick	369
b) Regressansprüche	370
aa) Anspruchsgrundlagen	370
bb) Umfang der Regressansprüche	371
cc) Verjährung	373
c) Aufwendungsersatzanspruch (§ 116 Abs. 1 S. 3 VVG)	373
3. Regressrechte außerhalb des Anwendungsbereichs des gesetzlichen Direktanspruchs	374
a) Legalzession nach § 117 Abs. 5 VVG	375
b) Situation beim Selbstbehalt	376
II. England	377
1. Direktanspruch aus dem <i>Third Parties (Rights against Insurers) Act 2010</i>	377
a) Ablehnung eines gesetzlichen Regressrechts im Gesetzgebungsverfahren	378
b) Ausdrückliche gesetzliche Billigung vertraglicher Regressrechte in der Arbeitgeberhaftpflichtversicherung	379
c) Regressrecht aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen	380
2. Direktanspruch aus s. 151 <i>Road Traffic Act 1988</i>	383
a) Gesetzliche Regressansprüche	383
aa) S. 148 (4) <i>Road Traffic Act 1988</i>	383
bb) S. 151 (7) <i>Road Traffic Act 1988</i>	384
cc) S. 151 (8) <i>Road Traffic Act 1988</i>	385
b) Ausdrückliche gesetzliche Billigung vertraglicher Regressrechte	387
c) Regressanspruch aus dem Bereicherungsrecht (<i>law of restitution</i>)	387
3. Direktanspruch aus reg. 3 (2) <i>European Communities (Rights against Insurers) Regulations 2002</i>	388
III. Vergleichende Betrachtung	388

<i>E. Auskunfts- und Informationsrechte des Geschädigten</i>	393
I. Deutschland	394
1. Spezialgesetzliche Auskunftsansprüche	395
a) Kfz-Haftpflichtversicherung	396
aa) Registerauskunft beim Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) und bei den örtlichen Zulassungsbehörden	396
bb) Zentralruf der Autoversicherer	397
cc) Fazit: Duales Auskunftssystem	398
b) Sonstige (Pflicht-) Haftpflichtversicherungen	398
aa) Bereichsspezifische Auskunftsansprüche	399
bb) Informationsfreiheitsgesetze des Bundes und der Länder	400
cc) Zwischenergebnis	401
2. Allgemeiner Auskunftsanspruch aus Treu und Glauben (§ 242 BGB)	401
a) Grundlagen	401
b) Auskunftsanspruch gegen Schädiger	402
c) Auskunftsanspruch gegen Haftpflichtversicherer	403
d) Auskunftsanspruch gegen sonstige Personen	404
II. England	405
1. Kfz-Haftpflichtversicherung	406
a) Abfrage aus der <i>Motor Insurance Database</i> (MID)	406
b) Auskunftsanspruch gegen Schädiger (s. 154 <i>Road Traffic Act 1988</i>)	407
2. Arbeitgeberhaftpflichtversicherung	408
a) Hintergrund und <i>Code of Practice for Tracing Employers’ Liability Insurance Policies</i> (ELCOP)	409
b) <i>Employers’ Liability Tracing Office</i> (ELTO)	410
3. Auskunftsanspruch aus s. 11 iVm Schedule 1 <i>Third Parties (Rights against Insurers) Act 2010</i>	412
a) Hintergrund	412
b) Auskunftsverpflichtete Personen und Anspruchs- voraussetzungen	413
aa) Auskunftsanspruch gegen Schädiger	414
bb) Auskunftsanspruch gegen sonstige Personen	414
c) Inhalt und Umfang der Auskunftspflicht	415
d) Auskunftsverfahren	416
4. Sonstige Auskunftsmöglichkeiten	417
a) Informationsgewinnung auf Grundlage des Prozessrechts	417
aa) Der „ <i>cards on the table approach</i> “ des englischen Zivilprozesses	417
bb) Vorprozessuale Informationsgewinnung	419
(1) <i>Pre-Action Protocols</i>	419
(2) <i>Pre-Action Disclosure</i> (r. 31.16 CPR)	420

cc) Informationsgewinnung nach Einleitung eines Verfahrens	422
(1) <i>Documentary disclosure</i> (r. 31 CPR)	422
(2) <i>Request for information</i> (r. 18 CPR)	422
b) Einsichtnahme in Geschäftsunterlagen	424
III. Vergleichende Betrachtung	425
1. Haftpflichtversicherungsregister	426
2. Individuelle Auskunftsansprüche	428
3. Sonstige Auskunftsmöglichkeiten	431
4. Würdigung und Schlussfolgerungen für das deutsche Recht	431
 4. Teil: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse und Reformvorschläge	 435
 <i>A. Allgemeine Grundlagen des Direktanspruchs in der Haftpflichtversicherung</i>	 437
I. Haftpflichtversicherung und zugrundeliegende Rechtsbeziehungen	437
II. Grundlagen des Direktanspruchs	439
III. Historische Entwicklung des gesetzlichen Direktanspruchs	441
 <i>B. Rechtliche Ausgestaltung des gesetzlichen Direktanspruchs im deutschen und englischen Haftpflichtversicherungsrecht</i>	 445
I. Überblick über die gesetzlichen Direktansprüche und rechtskonstruktive Ausgestaltung	445
II. Anwendungsbereich und Entstehungsvoraussetzungen	446
III. Einwendungen gegen die gesetzlichen Direktansprüche	448
IV. Regressrechte des Haftpflichtversicherers	452
V. Auskunfts- und Informationsrechte des Geschädigten	454
 <i>C. Konkrete Reformvorschläge für das deutsche Recht im Überblick</i>	 457
 Literaturverzeichnis	459
Sachregister	473

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht / anderer Ansicht
ABI	Association of British Insurers
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
A.C.	Appeal Cases (Entscheidungssammlung)
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift)
a. E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AGH	Anwaltsgerichtshof
AHB	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung
AKB	Allgemeine Bedingungen für die Kfz-Versicherung
Alt.	Alternative
AMG	Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz)
Anm.	Anmerkung
ArchG	Architektengesetz
Art.	Artikel
Asia Pac. L. Rev.	Asia Pacific Law Review (Zeitschrift)
AtG	Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz)
AuslPflVG	Gesetz über die Haftpflichtversicherung für ausländische Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger
AVB	Allgemeine Versicherungsbedingungen
AVB-AVG	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung von Aufsichtsräten, Vorständen und Geschäftsführern
AVB BauherrenHV	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die private Bauherrenhaftpflichtversicherung
AVB BHV	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Betriebs- und Berufshaftpflichtversicherung
AVB GewässerschadenHV	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Gewässerschadenhaftpflichtversicherung
AVB PHV	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Privathaftpflichtversicherung

BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BauKaG	Baukammergesetz
B.C.C.	British Company Cases (Entscheidungssammlung)
Bd.	Band
Begr.	Begründer
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BJagdG	Bundesjagdgesetz
BNotO	Bundesnotarordnung
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
B. & S.	Best and Smith (Entscheidungssammlung)
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BUNKER	International Convention on Civil Liability for Bunker Oil Pollution Damage / Internationales Übereinkommen über die zivilrechtliche Haftung für Bunkerölverschmutzungsschäden
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CfiLR	Company, Financial and Insolvency Law Review (Zeitschrift)
Ch. / Ch.D.	Chancery Division (Entscheidungssammlung)
cl.	clause (= Klausel)
CLC	International Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage / Internationales Übereinkommen über die zivilrecht- liche Haftung für Ölverschmutzungsschäden
C.L.C.	Commercial Law Cases (Entscheidungssammlung)
Cmnd.	Command Paper
Co.	Compagnie
col.	column (= Druckspalte)
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review (Zeitschrift)
CPR	Civil Procedure Rules
CVA	Company Voluntary Arrangement
DAR	Deutsches Autorecht (Zeitschrift)
d. h.	das heißt
Diss.	Dissertation
DJ	Deutsche Justiz (Zeitschrift)
D&O	Directors and Officers (D&O-Versicherung: Organ- und Managerhaftpflichtversicherung)
DÖV	Die öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
EC	European Communities (= Europäische Gemeinschaft)
ECLI	European Case Law Identifier
EGVVG	Einführungsgesetz zum Versicherungsvertragsgesetz
EhFG	Entwicklungshelfer-Gesetz
EJRR	European Journal of Risk Regulation (Zeitschrift)
ELCOP	Code of Practice for Tracing Employers' Liability Insurance Policies

ELD	Employers' Liability Database
ELIB	Employers' Liability Insurance Bureau
ELTO	Employers' Liability Tracing Office
E.R.	English Reports (Entscheidungssammlung)
ERN	Employers' Reference Number
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUR	Euro
EUV	Vertrag über die Europäische Union (EU-Vertrag)
e.V.	eingetragener Verein
EWCA Civ	England and Wales Court of Appeal (Civil Division) (Entscheidungssammlung)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWHC (Comm)	England and Wales High Court of Justice (Queen's Bench Division – Commercial Court) (Entscheidungssammlung)
EWHC (QB)	England and Wales High Court of Justice (Queen's Bench Division) (Entscheidungssammlung)
EWHC (TCC)	England and Wales High Court of Justice (Queen's Bench Division – Technology & Construction Court) (Entscheidungssammlung)
EUR	Europäischer Wirtschaftsraum
Ex.	Exchequer Cases (Entscheidungssammlung)
f. / ff.	folgende
F. & F.	Foster and Finlayson's Reports (Entscheidungssammlung)
FDP	Freie Demokratische Partei
FG	Festgabe
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
FZV	Verordnung über die Zulassung von Fahrzeugen zum Straßenverkehr (Fahrzeug-Zulassungsverordnung)
GA	Generalanwalt
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GoA	Geschäftsführung ohne Auftrag
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HansRGZ	Hanseatische Rechts- und Gerichtszeitschrift (Zeitschrift)
HC	House of Commons
HGB	Handelsgesetzbuch
HL	House of Lords
hM	herrschende Meinung
HNS Convention	International Convention on Liability and Compensation for Damage in Connection with the Carriage of Hazardous and Noxious Substances by Sea
Hrsg. / hrsg.	Herausgeber / herausgegeben

HS.	Halbsatz
i.e.	id est (= das heißt)
IEHC	High Court of Ireland (Entscheidungssammlung)
IFG	Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes (Informationsfreiheitsgesetz)
Indus. L.J.	Industrial Law Journal (Zeitschrift)
InsO	Insolvenzordnung
Int.I.L.R.	International Insurance Law Review (Zeitschrift)
IPR	Internationales Privatrecht
iSd	im Sinne des / im Sinne der
IVA	Individual Voluntary Arrangement
iVm	in Verbindung mit
J.B.L.	Journal of Business Law (Zeitschrift)
J.P.I.L.	Journal of Personal Injury Law (Zeitschrift)
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
J.S.S.L.	Journal of Social Security Law (Zeitschrift)
JW	Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
K.B.	King's Bench (Entscheidungssammlung)
KBA	Kraftfahrt-Bundesamt
Kfz	Kraftfahrzeug
KfzPfVV	Verordnung über den Versicherungsschutz in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (Kraftfahrzeug-Pflichtversicherungsverordnung)
KG	Kammergericht / Kommanditgesellschaft
1. KH-Richtlinie	Richtlinie des Rates vom 24. April 1972 betreffend die Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten bezüglich der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und der Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht (RL 72/166/EWG), ABl. L 103 vom 02. Mai 1972, S. 1 ff.
2. KH-Richtlinie	Zweite Richtlinie des Rates vom 30. Dezember 1983 betreffend die Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten bezüglich der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (RL 84/5/EWG), ABl. L 8 vom 11. Januar 1984, S. 17 ff.
4. KH-Richtlinie	Richtlinie 2000/26/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Mai 2000 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung, und zur Änderung der Richtlinien 73/239/EWG und 88/257/EWG, ABl. L 181 vom 20. Juli 2000, S. 65 ff.
5. KH-Richtlinie	Richtlinie 2005/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 zur Änderung der Richtlinien 72/166/EWG, 84/5/EWG, 88/257/EWG und 90/232/EWG des Rates sowie der Richtlinie 2000/26/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung, ABl. L 149 vom 11. Juni 2005, S. 14 ff.
6. KH-Richtlinie	Richtlinie 2009/103/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht, ABl. L 263 vom 07. Oktober 2009, S. 11 ff.

KVO	Kraftverkehrsordnung für den Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen; aufgehoben durch das Transportrechtsreformgesetz vom 25. Juni 1998 (BGBl. I 1998, S. 1588 ff.)
Law Com	Law Commission for England and Wales
LC	Lord Chancellor
Legal Stud.	Legal Studies (Zeitschrift)
LG	Landgericht
lit.	litera (= Buchstabe)
LJ	Lord Justice of Appeal
Ll.L.Rep.	Lloyd's List Law Reports (1919–1950) (Entscheidungssammlung)
Lloyd's Rep	Lloyd's Law Reports (seit 1951) (Entscheidungssammlung)
Lloyd's Rep I.R.	Lloyds's Law Reports – Insurance & Reinsurance (Entscheidungssammlung)
LMA	Lloyd's Market Association
L.M.C.L.Q.	Lloyd's Maritime and Commercial Law Quarterly (Zeitschrift)
L.R.	Law Report (Entscheidungssammlung)
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
LZ	Leipziger Zeitschrift für Handels-, Konkurs- und Versicherungsrecht (1907–1913) / Leipziger Zeitschrift für deutsches Recht (1914–1933)
MIB	Motor Insurers' Bureau
MIBI	Motor Insurers' Bureau of Ireland
MID	Motor Insurance Database
MIIC	Motor Insurers' Information Centre
Mio.	Million / Millionen
Mod. L. Rev.	Modern Law Review (Zeitschrift)
MR	Master of the Rolls
n. F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs-Report Zivilrecht (Zeitschrift)
NJW-Spezial	Neue Juristische Wochenschrift – Spezial (Zeitschrift)
N.L.J.	New Law Journal (Zeitschrift)
NMA	Lloyd's Non-Marine Association
No.	Number (= Nummer)
Nr.	Nummer
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und der Sanierung (Zeitschrift)
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht (Zeitschrift)
OLG	Oberlandesgericht
PAO	Patentanwaltsordnung
para.	paragraph (= Absatz)
PD	Practice Direction / Practice Directions
PEICL	Principles of European Insurance Contract Law
PfIVG	Gesetz über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter (Pflichtversicherungsgesetz)

P&I	Protection and Indemnity
P.I.Q.R.	Personal Injury and Quantum Reports (Entscheidungssammlung)
PKW	Personenkraftwagen
ProdHaftG	Gesetz über die Haftung für fehlerhafte Produkte (Produkthaftungsgesetz)
Q.B.	Queen's Bench (Entscheidungssammlung)
Q.B.D.	Queen's Bench Division (Entscheidungssammlung)
r.	rule (= Regel, Vorschrift)
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht (Zeitschrift)
RDG	Gesetz über außergerichtliche Rechtsdienstleistungen (Rechtsdienstleistungsgesetz)
RDV	Verordnung zum Rechtsdienstleistungsgesetz (Rechtsdienstleistungsverordnung)
reg.	regulation
RG	Reichsgericht
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen (Band) (Entscheidungssammlung)
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
r+s	Recht und Schaden (Zeitschrift)
RSC	Rules of the Supreme Court
R.T.R.	Road Traffic Reports (Entscheidungssammlung)
S. / s.	Satz / Seite / section (= Paragraph)
S. Afr. Mercantile L. J.	South African Mercantile Law Journal (Zeitschrift)
SGB XI	Sozialgesetzbuch (SGB) – Elftes Buch (XI) – Soziale Pflegeversicherung
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz (Entscheidungssammlung)
S.L.T.	Scots Law Times (Entscheidungssammlung)
sog.	sogenannte / sogenannter / sogenanntes
Sp.	Spalte
StBerG	Steuerberatungsgesetz
StPO	Strafprozessordnung
str.	streitig / strittig
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StVG	Straßenverkehrsgesetz
SVR	Straßenverkehrsrecht (Zeitschrift)
T.M. Cool. L. Rev.	Thomas M. Cooley Law Review (Zeitschrift)
TranspR	Transportrecht (Zeitschrift)
u. a.	und andere
UAbs.	Unterabsatz
UK	United Kingdom (Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland)

usw.	und so weiter
v.	versus (= gegen) / vom
v. a.	vor allem
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz)
VersR	Juristische Rundschau für die Individualversicherung (Zeitschrift, 1950–1997) / Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht (Zeitschrift, seit 1998)
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VOEntschFonds	Verordnung über den Entschädigungsfonds für Schäden aus Kraftfahrzeugunfällen vom 14. Dezember 1965 (BGBl. I 1965, S. 2093 f.)
VOH	Verkehrsofferhilfe e.V.
vol.	volume (= Band)
VP	Die Versicherungspraxis (Zeitschrift)
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz)
VVGEG	Einführungsgesetz zum Versicherungsvertragsgesetz
VW	Versicherungswirtschaft (Zeitschrift)
WaffG	Waffengesetz
WiPrO	Gesetz über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüferordnung)
WL	Westlaw
W.L.R.	Weekly Law Reports (Entscheidungssammlung)
WM	Wertpapier-Mitteilungen (Zeitschrift)
z. B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht (Zeitschrift)
ZfV	Zeitschrift für Versicherungswesen – Unabhängiges Fachorgan für die Versicherungspraxis und für den Versicherungsaußendienst (Zeitschrift)
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
zit.	zitiert
ZPO	Zivilprozessordnung
ZVersWiss	Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft (Zeitschrift)
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft (Zeitschrift)

1. Teil

Einleitung

Schadensfälle sind in der heutigen Gesellschaft ein alltägliches Phänomen. In einer hochtechnisierten Welt, in welcher wie selbstverständlich hochkomplexe Maschinen bedient und risikoreiche Tätigkeiten ausgeübt werden, ist die Gefahr eines Schadenseintritts allgegenwärtig. Erleidet eine Person Schäden an ihren Rechten oder Rechtsgütern, für die nach dem geltenden Haftungsrecht ein anderes Rechtssubjekt einzustehen hat, erhebt sich verständlicherweise der Wunsch nach einer raschen, unkomplizierten und vor allem vollständigen Schadenskompensation. Die vollständige Realisierung eines Schadensersatzanspruchs ist jedoch vielfach gefährdet, weil die zu erbringende Schadensersatzleistung leicht das finanzielle Leistungsvermögen des Schädigers übersteigen kann. Dem Geschädigten muss es daher wie ein Glücksfall erscheinen, wenn sein Schädiger haftpflichtversichert ist. Zwar war die Haftpflichtversicherung in ihren Anfangstagen im Ausgang des 19. Jahrhunderts als reine „Schädigerversicherung“ konzipiert, welche ausschließlich den Schutz des Haftpflichtigen vor den wirtschaftlich nachteiligen Folgen einer Schadensersatzhaftung im Blick hatte.¹ Rein faktisch profitierte ein Geschädigter jedoch seit jeher von einer bestehenden Haftpflichtversicherung bei seinem Schädiger, weil sie die Vermögenslage des Schädigers verbesserte und dadurch auch die Aussicht auf die Befriedigung des Schadensersatzanspruchs erhöhte. Diese positive Wirkung für den Geschädigten wird heutzutage freilich nicht mehr nur als bloß unbedeutender Reflex der Haftpflichtversicherung verstanden, vielmehr hat dieser geschädigtenschützende Effekt mittlerweile eine rechtliche Absicherung erfahren.² Der Haftpflichtversicherung moderner Prägung, die letzten Endes eine tatsächliche Schadenskompensation beim Geschädigten sicherzustellen intendiert, wohnt mithin eine rechtlich anerkannte und geschützte soziale Funktion inne.³

Eine prominente Ausprägung dieses „Charakterwandels der Haftpflichtversicherung“⁴ ist der gesetzliche Direktanspruch des Geschädigten gegen den Haft-

¹ *Bauer*, Kraftfahrtversicherung, Rn. 740; *Bar*, AcP 181 (1981), 289, 303 f.

² *Bar*, AcP 181 (1981), 289, 303.

³ Allgemein zur Entwicklung der sozialen Funktion in der Haftpflichtversicherung: *Sieg*, Ausstrahlungen, S. 61 ff.; *Jannott*, FG Samwer, 167, 167 ff.

⁴ *Bar*, AcP 181 (1981), 289, 322.

pflichtversicherer. Hierbei wird dem Geschädigten zum Zwecke des Ausgleichs des erlittenen Schadens *ex lege* ein direkter Anspruch gegen ein regelmäßig solventes Versicherungsunternehmen gewährt, wobei die direkte Auseinandersetzung mit dem Haftpflichtversicherer zugleich eine Beschleunigung der Schadensabwicklung verspricht. Ein gesetzlicher Direktanspruch kann durchaus ein wirkungsvolles Instrument des Geschädigtenschutzes in der Haftpflichtversicherung darstellen. Der Grad des durch einen gesetzlichen Direktanspruch vermittelten Geschädigtenschutzes ist freilich abhängig von dessen konkreter Ausgestaltung durch den Gesetzgeber.

A. Gegenstand und Anlass der Arbeit

Die vorliegende Abhandlung ist einer funktional-rechtsvergleichenden Untersuchung⁵ des gesetzlichen Direktanspruchs gegen den Haftpflichtversicherer sowie der damit verbundenen Sachprobleme in den Rechtsordnungen Deutschlands und Englands gewidmet. Nach einer Erörterung der allgemeinen Grundlagen des Direktanspruchs in der Haftpflichtversicherung soll ergründet werden, in welchen Fällen und unter welchen Voraussetzungen einem Geschädigten in den beiden Rechtsordnungen kraft Gesetzes ein direkter Anspruch gegen den Haftpflichtversicherer seines Schädigers eingeräumt wird. Die Betrachtung erfolgt dabei losgelöst von einer bestimmten rechtskonstruktiven Gestaltungsform des gesetzlichen Direktanspruchs. Darüber hinaus soll beleuchtet werden, welche Verteidigungsmöglichkeiten dem Haftpflichtversicherer in den Vergleichsrechtsordnungen gegen einen gesetzlichen Direktanspruch zugestanden werden. Rechtsvergleichende Ausführungen zu den Regressrechten des Haftpflichtversicherers für den Fall der Außenhaftung gegenüber dem Geschädigten trotz Leistungsfreiheit im Versicherungsvertragsverhältnis sowie zu den Auskunfts- und Informationsrechten des Geschädigten runden letztlich die Untersuchung ab.

Der Rechtsvergleich erfolgt dabei vor dem Hintergrund und anlässlich jüngerer Gesetzesreformen in Deutschland und England, die sich jeweils mit dem Direktanspruch des Geschädigten gegen den Haftpflichtversicherer befassen. In Deutschland wurde im Zuge der umfassenden Reform des privaten Versicherungsvertragsrechts im Jahre 2008 auch der anhin geltende und auf den Bereich der Kfz-Haftpflichtversicherung beschränkte gesetzliche Direktanspruch (§ 3 PflVG a. F.) einer kritischen Überprüfung unterzogen. Mit der Neufassung des gesetzlichen Direktanspruchs in der Vorschrift des § 115 VVG ging letztlich

⁵ Instruktiv zur Methode der (funktionalen) Rechtsvergleichung: *Zweigert/Kötz*, Einführung in die Rechtsvergleichung, S. 31 ff.

eine Erweiterung des Anwendungsbereichs einher – wenngleich man im Verlaufe des Gesetzgebungsverfahrens von einer zunächst proponierten noch weitgehenderen Öffnung des gesetzlichen Direktanspruchs Abstand nahm. In England wiederum stand bereits seit Ende des 20. Jahrhunderts eine Reform des *Third Parties (Rights against Insurers) Act* zur Diskussion, welcher den zentralen gesetzlichen Direktanspruch des englischen Rechts beinhaltet. Nach umfangreichen Reformkonsultationen sowie nach Durchführung eines fehlerbehafteten Gesetzgebungsverfahrens⁶ trat der novellierte *Third Parties (Rights against Insurers) Act 2010* schließlich mit einiger Verzögerung zum 01. August 2016 in Kraft. Auch in England kommt dem gesetzlichen Direktanspruch nach der Reform eine größere Bedeutung zu.

B. Ziele des Rechtsvergleichs

Die Rechtsvergleichung soll freilich nicht um ihrer selbst willen erfolgen, sondern als Anknüpfungspunkt für eine kritische Überprüfung der seit der VVG-Reform 2008 geltenden deutschen Regelungen zum gesetzlichen Direktanspruch fungieren. Denn so sehr das durch die grundlegende Reform des Jahres 2008 novellierte VVG im Allgemeinen positiven Anklang in der deutschen Rechtswissenschaft fand,⁷ so wenig vermochte die Ausgestaltung des gesetzlichen Direktanspruchs in der Haftpflichtversicherung das Wohlwollen der Rechtsgelehrten zu erregen.⁸ Vorrangig wurde dabei die Rückführung des Direktanspruchs „auf die unter Verbraucherschutzgesichtspunkten wesentlichen Problembereiche“⁹ im Verlaufe des Gesetzgebungsverfahrens kritisiert. Auch das Fehlen eines auf Preisgabe der Identität des Haftpflichtversicherers gerichteten speziellen Auskunftsanspruchs des Geschädigten gegen den Schädiger wurde bemängelt.¹⁰ Der allgemeine Grundtenor ging dahin, dass der deutsche Re-

⁶ Hierzu noch ausführlich unten unter 2. Teil C.II.4.

⁷ Lorenz in MüKoVVG, Einleitung, Rn. 44 („Das VVG ist ein zeitgemäßes Gesetz. Der von ihm als wichtigste Reformaufgabe verwirklichte Verbraucherschutz ist bestechend; er wird sobald nicht übertroffen werden“); Schneider in Beckmann/Matusche-Beckmann, § 1a, Rn. 1 („(...) kann sich das Ergebnis doch sicher sehen lassen.“); Franz, DStR 2008, 303, 309 („großer Wurf“); kritisch jedoch Funck, VersR 2008, 163, 163 ff.

⁸ Vgl. nur Heidl, VVG-Reform, S. 449 f.; Keppel, Pflichthaftpflichtversicherung, S. 84 („nicht überzeugend“); Abram, VP 2008, 77, 80 („Steine statt Brot“); Baumann, VersR 2010, 984, 988 („rudimentäre Erweiterung“); Bruns, FS Blaurock, 59, 74 („etwas engherzig“); Deutsch, VersR 2008, 993, 995.

⁹ So BT-Drs. 16/5862, S. 99; hierzu ausführlich unten unter 2. Teil C.I.3.

¹⁰ Keppel, Pflichthaftpflichtversicherung, S. 95 ff.; siehe auch Franck, Direktanspruch, S. 57 f.

formgesetzgeber im Hinblick auf den gesetzlichen Direktanspruch denjenigen Mut zur Veränderung vermissen ließ, mit welchem er im übrigen Versicherungsvertragsrecht Überkommenes bisweilen radikal reformierte. Es wird zu beleuchten sein, ob diese Kritik ihre Rechtfertigung besitzt und ob sich der englische Gesetzgeber bei seiner Reform des *Third Parties (Rights against Insurers) Act* als mutiger erwiesen und den gesetzlichen Direktanspruch letztlich überzeugender ausgestaltet hat – insbesondere aus der Perspektive des Geschädigtenschutzes als maßgeblichem und grundsätzlich begrüßenswertem Ziel eines gesetzlichen Direktanspruchs. Sodann soll eruiert werden, ob sich gegebenenfalls Ideen des englischen Rechts für das deutsche Haftpflichtversicherungsrecht fruchtbar machen lassen, um schlussendlich eine Verbesserung der Rechtsstellung der Geschädigten in Deutschland zu erreichen.

Ein besonderes Augenmerk gilt hierbei denjenigen Aspekten, welche sich für den Geschädigtenschutz als neuralgisch erweisen. Maßgebliche Bedeutung fällt insoweit dem generellen Anwendungsbereich des gesetzlichen Direktanspruchs und dessen konkreten Anspruchsvoraussetzungen zu. Zudem haben die potentiellen Einwendungen des Haftpflichtversicherers gegen den Direktanspruch einen signifikanten Einfluss auf die Wirksamkeit des intendierten Drittschutzes.¹¹ Insbesondere etwaige aus dem Haftpflichtversicherungsverhältnis abgeleiteten Gegenrechte (sog. versicherungsrechtliche Einwendungen) können den direkten Anspruch des Geschädigten sehr weitgehend entwerten, so dass die Frage nach dem Umfang von Einwendungsausschlüssen bisweilen gar als „wirtschaftlich bedeutsamste Frage des Direktanspruchs“¹² bezeichnet wird. Die tatsächliche Realisierbarkeit des Direktanspruchs ist fernerhin dadurch bedingt, dass der Geschädigte um die Existenz einer Haftpflichtversicherung und um die Identität des Haftpflichtversicherers weiß. Insofern ist der Geschädigte auf wirksame Auskunfts- und Informationsrechte angewiesen. Fördert der Rechtsvergleich im Hinblick auf die genannten Aspekte eine größere Geschädigtenfreundlichkeit des englischen Rechts zutage, so kann hieraus ein deutlicher Handlungsauftrag für den deutschen Gesetzgeber abgeleitet werden. Denkbar ist freilich auch, dass sich als Resultat des Rechtsvergleichs die Erkenntnis der Überlegenheit der deutschen Regelungen zum gesetzlichen Direktanspruch ergibt.

Das Ziel, Verbesserungsvorschläge für das nationale deutsche Haftpflichtversicherungsrecht zu gewinnen, behält seine Rechtfertigung auch vor dem Hintergrund der in jüngerer Zeit erneut in den Mittelpunkt des Interesses gerückten

¹¹ Zu differenzieren ist hierbei zwischen „schadensrechtlichen Einwendungen“ (resultierend aus dem Haftungsverhältnis), „versicherungsrechtlichen Einwendungen“ (resultierend aus dem Haftpflichtversicherungsverhältnis) sowie Einwendungen unmittelbar aus dem Direktanspruchsverhältnis.

¹² *Micha*, Direktanspruch im europäischen IPR, S. 172.

Europäisierung des Privatversicherungsrechts.¹³ Denn obgleich die Europäische Kommission erst im Jahre 2013 im Interesse einer umfassenden Verwirklichung des Versicherungsbinnenmarktes vorbereitende Maßnahmen zur weitergehenden Harmonisierung des Versicherungsvertragsrechts ergriffen hat¹⁴ und mit den von einer privaten Projektgruppe geschaffenen *Principles of European Insurance Contract Law* (PEICL) erstmals ein Vorschlag eines in sich geschlossenen gemeineuropäischen Regelungswerkes für das Privatversicherungsrecht existiert,¹⁵ werden die nationalen Versicherungsvertragsgesetze jedenfalls in absehbarer Zeit kaum ihrer Bedeutung verlustig gehen. Zum einen dürfte nicht mit einer baldigen Vollharmonisierung des Versicherungsvertragsrechts durch den EU-Gesetzgeber zu rechnen sein. Angesichts erheblicher rechtlicher Differenzen in den nationalen Regelungen über den Versicherungsvertrag mit gewachsenen Rechtsüberzeugungen ist nämlich ein tragfähiger Konsens der Mitgliedstaaten über ein gemeineuropäisches Versicherungsvertragsrecht nur schwer und allenfalls nach langwierigen Vorarbeiten herzustellen – was nicht zuletzt dadurch bestätigt wird, dass sich bereits die Realisierung bisheriger punktueller Harmonisierungsvorhaben als überaus mühselig erwiesen hat.¹⁶ Zum anderen bleibt zu berücksichtigen, dass die PEICL lediglich als optionales Regelungswerk ausgestaltet sind, welches alleine bei einer entsprechenden Entscheidung der Vertragsparteien an die Stelle der sonst auf das Vertragsverhältnis anwendbaren nationalen versicherungsrechtlichen Vorschriften tritt (*opt in-Modell*).¹⁷ Nach alledem ist die Fortentwicklung und Verbesserung des nationalen Versicherungsvertragsrechts weiterhin von eminenter Wichtigkeit, auch um sich – bis zu einer wünschenswerten umfassenden europäischen Rechtsvereinheitlichung – im „Wettbewerb der Rechtsordnungen“ behaupten zu können.¹⁸

¹³ Hierzu allgemein *Mönich* in Beckmann/Matusche-Beckmann, § 2 Rn. 1 ff.

¹⁴ Beschluss der Kommission vom 17. Januar 2013 zur Einsetzung einer Expertengruppe der Kommission für europäisches Versicherungsvertragsrecht, ABl. C 16 vom 19. Januar 2013, S. 6 ff. Im Februar 2014 hat die Expertenkommission ihren Abschlussbericht „Final Report of the Commission Expert Group on European Insurance Contract Law“ vorgelegt, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/justice/contract/files/expert_groups/insurance/final_report.pdf (abgerufen am: 28. Februar 2017; im Folgenden zitiert als: Final Report of the Commission Expert Group).

¹⁵ *Basedow* u. a. (Hrsg.), *Principles of European Insurance Contract Law* (PEICL), 2. Auflage, Köln, 2016. Allgemein zu den PEICL auch *Bruns*, PVR, § 36 Rn. 12 ff.

¹⁶ *Basedow/Fock* in *Basedow/Fock*, S. 4. Zu früheren Harmonisierungsbestrebungen in Europa ferner: *Armbrüster*, PVR, Rn. 2033; *Wandt*, VR, Rn. 207.

¹⁷ Art. 1:102 PEICL; *Mönich* in Beckmann/Matusche-Beckmann, § 2 Rn. 21; *Bruns*, PVR, § 36 Rn. 12; *Armbrüster*, 20 Conn. Ins. L.J. 2013, 119, 121 f.

¹⁸ *Armbrüster*, 20 Conn. Ins. L.J. 2013, 119, 121 weist insbesondere auch auf eine Konkurrenz zu den PEICL hin.

Zugleich mag diese rechtsvergleichende Untersuchung aber auch einen Beitrag zur Überwindung des versicherungsvertragsrechtlichen „Provinzialismus“ in Europa leisten und späteren gesamteuropäischen Harmonisierungsprojekten auf dem Gebiete des (Haftpflicht-) Versicherungsrechts als wissenschaftliche Grundlage dienen. Die auf die Beseitigung der – den grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr behindernden – Heterogenität nationaler Rechtsordnungen ausgehende Rechtsharmonisierung bedarf stets umfassender rechtsvergleichender Vorarbeiten. Neben allgemein akzeptierten Rechtsgrundsätzen sollen hierdurch vor allem divergierende rechtstechnische Lösungen spezifischer Sachprobleme in den beteiligten Rechtsordnungen aufgedeckt werden, um letztlich die gelungenste Regelung oder auch ein aus dem Vergleich gewonnenes rechtliches Novum in das vereinheitlichte Recht übernehmen zu können.¹⁹ Vorliegend werden mit dem deutschen und dem englischen Recht zwei europäische Rechtsordnungen vergleichend in den Blick genommen, welche gänzlich unterschiedlichen Rechtskreisen zuzuordnen sind²⁰ und insoweit das Spannungsfeld kennzeichnen, in welchem sich eine europäische Rechtsvereinheitlichung zwangsläufig zu bewegen hat. Vor diesem Hintergrund kann es nicht wundernehmen, dass die Frage nach der konkreten Ausgestaltung des gesetzlichen Direktanspruchs im kontinentaleuropäisch geprägten deutschen Recht einerseits und im – dem anglo-amerikanischen Rechtskreis zugehörigen – englischen Recht andererseits für eine gesamteuropäische Harmonisierung des Rechtsinstituts „Direktanspruch“ von ganz besonderem Interesse ist.²¹

C. Gang der Untersuchung

Die nachfolgende Abhandlung gliedert sich insgesamt in drei Teile. Dem eigentlichen Rechtsvergleich wird dabei zunächst ein Grundlagenteil vorangestellt (2. Teil), welcher gewisse Kenntnisse vermitteln soll, die einem besseren Verständnis der sich anschließenden Ausführungen zur rechtlichen Ausgestaltung

¹⁹ *Zweigert/Kötz*, Einführung in die Rechtsvergleichung, S. 23 f.

²⁰ Allgemein zur „Lehre von den Rechtskreisen“: *Zweigert/Kötz*, Einführung in die Rechtsvergleichung, S. 62 ff.

²¹ Die Idee der gesamteuropäischen Rechtsvereinheitlichung auf dem Gebiete des Versicherungsvertragsrechts wird grundsätzlich auch nicht durch den EU-Austritt des Vereinigten Königreichs in Frage gestellt, der aufgrund des Ausgangs des EU-Mitgliedschaftsreferendums vom 23. Juni 2016 in näherer Zukunft zu erwarten steht („Brexit“). Die britische Regierung dürfte auch künftig ein volkswirtschaftliches Interesse an einem funktionierenden europäischen Versicherungsbinnenmarkt haben und wird sich hierfür erforderlichen Rechtsharmonisierungen wohl nicht verschließen, die dann freilich durch ein völkerrechtliches Abkommen mit der EU oder den EU-Mitgliedstaaten zu realisieren wären.

des gesetzlichen Direktanspruchs in Deutschland und England dienen. Hierzu werden in einem ersten Schritt die rechtlichen Rahmenbedingungen und Grundstrukturen der Haftpflichtversicherung in den Vergleichsrechtsordnungen dargelegt sowie die zugrundeliegenden Rechtsbeziehungen skizziert (A.). Sodann erfolgt eine nähere Beschreibung der Rechtsfigur des „Direktanspruchs“, wobei zuvorderst eine Unterscheidung zwischen verschiedenen Direktanspruchsarten vorgenommen wird. Im Hinblick auf den *gesetzlichen* Direktanspruch sollen sodann die um diese Rechtsfigur geführten rechtspolitischen Diskussionen nachgezeichnet sowie die verschiedenen Wege dargelegt werden, auf denen ein solcher Anspruch rechtskonstruktiv begründet werden kann (B.). Ein historischer Abriss über den gesetzlichen Direktanspruch in den betrachteten Ländern soll den Grundlagenteil abschließen (C.). Der sich anschließende zentrale Teil der Dissertation (*3. Teil*) widmet sich der ausführlichen rechtsvergleichenden Untersuchung des gesetzlichen Direktanspruchs sowie spezieller Aspekte, die mit diesem Anspruch thematisch verbunden sind. Nach einem Überblick über die gegenwärtig in den Vergleichsrechtsordnungen bestehenden gesetzlichen Direktansprüche sowie deren rechtskonstruktiver Ausgestaltung (A.) werden der Anwendungsbereich sowie die Entstehungsvoraussetzungen der gesetzlichen Direktansprüche vergleichend in den Blick genommen (B.). Ein Schwerpunkt liegt in der Untersuchung, auf welcher Grundlage und in welchem Umfang die Vergleichsrechtsordnungen dem Haftpflichtversicherer Einwendungen gegen den gesetzlichen Direktanspruch zugestehen (C.). Hieran anknüpfend wird eruiert, welche Regressmöglichkeiten zugunsten des Haftpflichtversicherers für den Fall bestehen, dass er trotz Leistungsfreiheit im Versicherungsvertragsverhältnis gegenüber dem Geschädigten zur Leistung verpflichtet bleibt (D.). Zum Abschluss des rechtsvergleichenden Teils werden die Auskunfts- und Informationsrechte des Geschädigten in den Blick genommen, mit deren Hilfe sich dieser die zur Geltendmachung des gesetzlichen Direktanspruchs notwendigen Informationen über die Haftpflichtversicherung seines Schädigers beschaffen kann (E.). Die Abhandlung wird schließlich mit einer konzisen Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse sowie einem Überblick über die im Verlaufe der Dissertation unterbreiteten Reformvorschläge für das deutsche Recht beschlossen (*4. Teil*).

2. Teil

Allgemeine Grundlagen des Direktanspruchs in der Haftpflichtversicherung

In diesem Teil der Abhandlung sollen zunächst die allgemeinen Grundlagen des Direktanspruchs in der Haftpflichtversicherung dargelegt werden. Diese Ausführungen dienen als unerlässliches Fundament für das Verständnis der sich im dritten Teil anschließenden Erörterung der konkreten Ausgestaltung des *gesetzlichen* Direktanspruchs in den Rechtsordnungen Deutschlands und Englands sowie der Untersuchung weiterer rechtlicher Aspekte, die mit dem gesetzlichen Direktanspruch in unmittelbarem thematischen Zusammenhang stehen.¹

In einem ersten Schritt soll dabei ein allgemeiner Überblick über das Rechtskonstrukt der Haftpflichtversicherung gegeben werden, in welches sich ein Direktanspruch notwendigerweise einzuordnen hat. Insoweit werden insbesondere die rechtlichen Grundlagen und die Funktionsweise der Haftpflichtversicherung sowie die maßgeblichen Rechtsbeziehungen – unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsstellung des Geschädigten – dargestellt (hierzu A.). In einem zweiten Schritt wird das Rechtsinstitut des Direktanspruchs als solches in den Blick genommen. Insofern soll zunächst eine begriffliche Umschreibung des nebulösen Begriffs „Direktanspruch“ erfolgen, bevor verschiedene Wege aufgezeigt werden, auf denen ein Direktanspruch begründet werden kann. Nach Darlegung der mit einem *gesetzlichen* Direktanspruch verfolgten Zwecke sowie Nachzeichnung der um das unmittelbare Forderungsrecht geführten rechtspolitischen Diskussion werden sodann dessen rechtskonstruktiven Gestaltungsmöglichkeiten aufgezeigt (hierzu B.). Abschließend soll in gebotener Kürze die historische Entwicklung des gesetzlichen Direktanspruchs in der Haftpflichtversicherung sowohl für Deutschland als auch für England beleuchtet werden (hierzu C.).

¹ Z. B. Regressrechte des Haftpflichtversicherers, Auskunftsansprüche des Geschädigten.

Sachregister

- Absonderungsrecht 57 f., 112 f., 139, 167, 171, 216 ff., 442, 457
- Abtretung des Haftpflichtversicherungsanspruchs 65 ff., 257, 262, 348
- Action directe 61, 74 f.
- Administration-order-Verfahren 186 f., 188
- Administration-Verfahren 196 f., 201
- Administrative-receivership-Verfahren 197 f.
- Alles-oder-nichts-Prinzip 258
- Allgemeine Versicherungsbedingungen 15 ff., 437
 - Contra proferentem-Doktrin 17
 - Fairness test 16 f.
 - Inhaltskontrolle 15 ff.
 - Musterbedingungen des GDV 18 f.
 - Vorabgenehmigungserfordernis 17
- Anerkenntnis des Versicherungsnehmers 342, 449
 - Deutschland 238 f.
 - England 276 f.
- Anzeigespflicht
 - des Geschädigten 263 ff., 308 f., 331, 356 f., 451 f.
 - des Versicherers 260 f.
 - nach Eintritt des Versicherungsfalls 37, 290 f., 304
 - vorvertragliche 14, 36 f., 38, 258, 302 f., 329, 332 f., 353, 385
- Arbeitgeberhaftpflichtversicherung 15, 22, 25, 27, 119, 120, 128, 139, 283, 286 ff., 350, 352 f., 355, 378, 379 f., 387, 390 f., 405, 408 ff., 427, 442, 455
- Aufrechnung durch Versicherer 24, 262 f., 285 f., 349, 351 f.
- Auskunfts- und Informationsrechte des Geschädigten
 - Deutschland
 - Allgemeiner Auskunftsanspruch 401 ff.
 - Registerabfrage beim Kraftfahrt-Bundesamt und den Zulassungsbehörden 396
 - spezialgesetzliche Auskunftsansprüche 395 ff.
 - Zentralruf der Autoversicherer 397 f., 401, 402 f., 427
 - England
 - Anspruch aus dem Road Traffic Act 1988 407 f.
 - Anspruch aus dem Third Parties (Rights against Insurers) Act 2010 412 ff.
 - Employers' Liability Database (ELD) 406, 408, 411 f., 427 f.
 - Employers' Liability Tracing Office (ELTO) 408, 410 ff., 427
 - Motor Insurance Database (MID) 406 ff., 426 f.
 - sonstige Auskunftsmöglichkeiten 417 ff., 431
- Auskunftsstelle 394, 397, 401, 406 f.
- Berufshaftpflichtversicherung 18, 22, 24, 26, 27, 254
- Billigkeitshaftung 47
- Bindungswirkung 49 f., 112, 242 ff., 278, 310, 342 ff., 450
 - Anwendung im Direktanspruchsverhältnis 243 ff.
 - Ursprung und Herkunft 243 f.
- Brexit 6, 347
- Cards on the table-approach 417 f., 431
- Case law 13 f., 38, 43, 51, 159, 437, 445
- Cassel Committee 314, 322

- Certificate of insurance 205, 207 f., 307 f., 354
- Cessio legis *siehe Legalzession*
- Code of Practice for Tracing Employers' Liability Insurance Policies (ELCOP) 408, 409 f.
- Company Voluntary Arrangement 184, 193, 195, 197, 221
- Compulsory liability insurance *siehe Pflichthaftpflichtversicherung*
- Contingency insurance *siehe Summenversicherung*
- Cork-Report 195
- Cut-through-Klausel 166, 181, 217
- Deckungsbegrenzung 251 f., 299 f., 306
- Deckungsprozess 49 ff., 112, 242, 244, 278, 344, 416
- Deckungsverhältnis 40, 48 ff., 60, 82, 93, 100, 242 f., 259, 276, 312, 343, 369, 371 f., 375, 393, 404, 438 f., 448 f.
- De lege ferenda 223, 255, 349, 374, 391, 433, 451
- Deregulierung des Versicherungsvertragsrechts 17 f.
- Direktanspruch
- Arten 63 ff.
 - Begriff 61 f.
- Direktanspruch, aus § 115 VVG
- analoge Anwendung 166 f., 176 ff., 217, 221
 - Anwendungsbereich 165 ff.
 - Auswirkung auf Schadensersatz- und Haftpflichtversicherungsforderung 178 f.
 - Einwendungen, aus dem Direktanspruchsverhältnis 263 ff.
 - Einwendungen, schadensrechtliche 236 ff.
 - Einwendungen, versicherungsrechtliche 247 ff.
 - Einwendungsausschluss 256 ff.
 - Einwendungsdurchgriff 250 ff.
 - Entstehungsvoraussetzungen 169 ff.
 - Rechtsgrundlagen 143 ff.
 - Rechtskonstruktive Ausgestaltung 145 f.
 - Verjährung 266 ff.
 - Zeitpunkt für das Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen 174 ff.
- Direktanspruch, aus dem Third Parties (Rights against Insurers) Act 1930
- Auskunftsrechte des Geschädigten 127 f.
 - Bedeutungswandel 128
 - Einwendungsdurchgriff 124 ff.
 - Hintergrund für Erlass 120 f.
 - Kritik und Reformüberlegungen 129 ff., 135 f.
 - Schutzvorschriften zugunsten des Geschädigten 122 ff.
 - Übergang der Versicherungsforderung 122
- Direktanspruch, aus dem Third Parties (Rights against Insurers) Act 2010
- Anwendung auf andere Versicherungssparten 181 f.
 - Anwendungsbereich 179 ff.
 - Auskunftsanspruch 412 ff.
 - Ausnahmen vom Einwendungsdurchgriff 286 ff.
 - Auswirkung auf Schadensersatz- und Haftpflichtversicherungsforderung 203 f.
 - Defizite in der ursprünglichen Gesetzesfassung 137 f.
 - Einwendungen, schadensrechtliche 275 ff.
 - Einwendungen, versicherungsrechtliche 281 ff.
 - Entstehungsvoraussetzungen 183 ff.
 - Gesetzgebungsverfahren 135 ff.
 - Grundsatz des Einwendungsdurchgriffs 283 ff.
 - Konkurrenz zu anderen Direktansprüchen 148
 - rechtskonstruktive Ausgestaltung 153 f.
 - Verjährung 294 f.
 - Zeitpunkt für das Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen 202 f.
- Direktanspruch, aus reg. 3 European Communities (Rights against Insurers) Regulations 2002
- Anwendungsbereich 212
 - Auswirkung auf Schadensersatz- und Haftpflichtversicherungsforderung 215
 - Einwendungen, schadensrechtliche 310
 - Einwendungen, versicherungsrechtliche 311 ff.
 - Entstehungsvoraussetzungen 213 f.

- Konkurrenz zu anderen Direktansprüchen 150
- rechtskonstruktive Ausgestaltung 155 f.
- Verjährung 313
- Direktanspruch, aus s. 151 Road Traffic Act 1988
 - Anwendungsbereich 204 f.
 - Auswirkung auf Schadensersatz- und Haftpflichtversicherungsforderung 211
 - Einwendungen, aus dem Direktanspruchsverhältnis 308 ff.
 - Einwendungen, schadensrechtliche 295 f.
 - Einwendungen, versicherungsrechtliche 296 ff.
 - Entstehungsvoraussetzungen 205 ff.
 - Konkurrenz zu anderen Direktansprüchen 150
 - rechtskonstruktive Ausgestaltung 154 f.
 - Verjährung 310
- Direktanspruch, gesetzlicher
 - einstufiges Vorgehen 69, 76 f., 81, 94, 113, 129, 158, 440, 442
 - historische Entwicklung in Deutschland und England 111 ff.
 - im engeren Sinne 77, 78 f., 91, 95 ff., 140, 150, 158, 214, 224, 310, 440, 442, 448
 - im weiteren Sinne 77, 78, 150, 158, 206, 216, 440, 442
 - Kritik und Rechtfertigung 79 ff.
 - Rechtsgrundlagen in Deutschland und England 143 ff., 147 ff., 157 ff.
 - rechtskonstruktive Ausgestaltung in Deutschland und England 145 f., 152 ff., 160 ff.
 - rechtskonstruktive Gestaltungsmöglichkeiten 99 ff., 440 f.
 - typische Erscheinungsformen 106 ff.
 - Zielrichtung 77 f., 342, 449
 - zweistufiges Vorgehen 76 f., 224
- Direktklage 61, 75 f., 85 f., 89 ff., 97, 114, 126, 129, 140, 158, 173, 175, 183, 185, 223, 243 ff., 268, 275, 279 ff., 310, 343, 371, 393, 423, 431, 440, 454, 458
- Direktprozess *siehe Direktklage*
- Documentary disclosure 418, 422, 431
- Drittschuldnerklage 87, 112, 173, 244 ff., 278, 348, 368, 389, 392, 458
- Einsichtnahme in Geschäftsunterlagen 424 f.
- Einwendungen gegen den Direktanspruch
 - Arten potentieller Einwendungen 4, 225 f.
 - unions- und völkerrechtliche Vorgaben 227 ff.
- Einwendungen, aus dem Direktanspruchsverhältnis
 - beim Direktanspruch aus § 115 VVG 263 ff.
 - beim Direktanspruch aus s. 151 Road Traffic Act 1988 308 ff.
- Einwendungen, schadensrechtliche
 - beim Direktanspruch aus § 115 VVG 236 ff.
 - beim Direktanspruch aus dem Third Parties (Rights against Insurers) Act 2010 275 ff.
 - beim Direktanspruch aus reg. 3 European Communities (Rights against Insurers) Regulations 2002 310
 - beim Direktanspruch aus s. 151 Road Traffic Act 1988 295 f.
- Einwendungen, versicherungsrechtliche
 - beim Direktanspruch aus § 115 VVG 247 ff.
 - beim Direktanspruch aus dem Third Parties (Rights against Insurers) Act 2010 281 ff.
 - beim Direktanspruch aus reg. 3 European Communities (Rights against Insurers) Regulations 2002 311 ff.
 - beim Direktanspruch aus s. 151 Road Traffic Act 1988 296 ff.
 - Einwendungsausschluss 4, 24 f., 55, 59, 65, 73, 87, 102, 104, 110, 144, 154, 228, 232, 233, 250, 254 f., 256 ff., 262, 269, 284, 285, 286 ff., 297 ff., 311 f., 314, 331, 333, 339, 346, 348 ff., 355 f., 359, 360, 364, 367, 374 f., 376, 377 ff., 383 f., 388, 389 ff., 393, 441, 450 f., 452 f., 458
 - Einwendungsdurchgriff 109, 124 ff., 131, 230, 232 f., 235, 250 ff., 256, 269, 283 ff., 286, 289, 295, 297, 302 f., 311 f., 328 f., 347, 351 ff., 361, 364, 378, 388 f., 441, 450
 - Ursprung versicherungsrechtlicher Einwendungen 247 ff., 281 ff., 345 f.

- Employers' Liability Database (ELD) 406, 408, 411 f., 427 f.
- Employers' liability insurance *siehe Arbeitgeberhaftpflichtversicherung*
- Employers' Liability Tracing Office (ELTO) 408, 410 ff., 427
- Enforcement restriction order 187 f.
- Entschädigungsfonds in der Kfz-Haftpflichtversicherung 228, 229 ff., 255, 360 ff.
- Deutschland 269 ff.
 - England 313 ff., 329 ff., 333, 337, 338 f., 451
- Entschädigungsfonds in Deutschland
- Begrenzung der Leistungspflicht 272 f.
 - Hintergrund und Grundlagen 269 f.
 - Verfahren der Schadensregulierung 274
 - Voraussetzungen der Leistungspflicht 271 f.
- Entwicklungshelfergesetz (EhfG) 64, 144 f.
- Equity, Regeln der 68, 70
- EU *siehe Europäische Union*
- EU-Austritt 6, 98, 341, 449
- EuGH *siehe Europäischer Gerichtshof*
- EU-Mitgliedschaftsreferendum 6, 229, 340 f., 346, 449
- Europäischer Gerichtshof 229, 232 ff., 255, 306, 315 f., 327, 329, 333 f., 336 ff., 346, 353, 360, 449, 451
- Europäische Union 114, 155, 212 f., 229 f., 255, 306, 327, 338, 346, 360, 406, 426, 449
- Europäischer Wirtschaftsraum 150, 155, 212
- Europäisches Übereinkommen über die obligatorische Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge *siehe Straßburger Übereinkommen*
- EWR *siehe Europäischer Wirtschaftsraum*
- Financial Services Compensation Scheme 181, 204, 318
- Francovich-Entscheidung/Klage 319, 334, 340 f.
- Freedom of contract *siehe Vertragsfreiheit*
- Freiwillige Haftpflichtversicherung 22 ff., 54, 56, 58, 166, 176, 180, 215 f., 224, 289, 351, 389, 401, 432, 438, 448, 457
- Funktionale Rechtsvergleichung 2, 417
- GDV *siehe Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.*
- Gefahr, versicherte 21, 28, 39, 48, 226, 250, 254, 282, 349
- Gefährerhöhung 36 f., 258, 288, 353
- Geheimhaltungsinteresse 394, 399, 402, 421
- Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. 18 f., 115 f., 397
- Gläubigergleichbehandlung 57, 218, 447
- Grundsatz des stare decisis 13, 38
- Grüne-Karte-System 272
- Haftpflichtverhältnis 4, 41 ff., 49, 57, 60, 76 f., 78, 81, 83, 93, 96, 100, 104 ff., 125, 129, 130, 133, 136, 139, 145 f., 150, 153, 154, 156 f., 158, 160 f., 163, 171, 185, 205, 206, 211, 215 f., 226, 236 ff., 244, 268, 275 f., 280, 296, 308, 318, 323, 342, 356, 387, 403, 412, 421, 429, 438, 440 f., 442, 445 f., 448 f.
- Haftpflichtversicherung
- Arten 18, 21 ff., 97, 107, 215
 - fakultative und obligatorische 22 ff., 39
 - Freistellungskomponente 28 f., 39, 65 ff., 238, 369
 - Inhalt des Versicherungsvertrages 27 ff.
 - Leistungspflichten des Haftpflichtversicherers 27 ff.
 - Obliegenheiten des Versicherungsnehmers 14, 34 ff., 39 f., 48, 110, 248 f., 251, 258, 281, 345 f., 438
 - Prämienleistungspflicht 33
 - rechtliche Grundlagen 12 ff.
 - Rechtsschutzkomponente 29 f., 31 f., 39, 65 f., 438
 - Sozialbindung 11 f., 38, 50, 77, 113, 163, 218, 429, 437, 446, 453
 - versicherungssystematische Einordnung 19 ff., 438
 - Zweck 11
 - Zweckbindung der Versicherungsleistung 56, 59, 83, 118
- Haftpflichtversicherungsregister 174, 394 f., 405, 426 ff., 431 f., 454 f., 458
- Haftungsrecht 1, 41 ff., 82, 84 f., 213, 241, 323 f.

- Auswirkungen der Haftpflichtversicherung auf die Haftung 45 ff.
- Gefährdungshaftung / strict liability 41 f., 43, 132
- Kompensationsfunktion 42
- Präventivfunktion 42, 84 f., 440
- Verschuldenshaftung / fault liability 41 f., 43
- (Rechts-) Harmonisierung *siehe Rechtsvereinheitlichung*
- Indemnity insurance *siehe Schadensversicherung*
- Individual Voluntary Arrangement 184, 189 f., 192, 221
- Informationsdefizit
 - beim Geschädigten 174, 394, 401, 414, 426, 431 f., 452, 454 f., 458
 - beim Haftpflichtversicherer 89 f., 264
- Informationsfreiheitsgesetz 400
- Informationsquelle 393, 402, 403 f., 409, 428 f., 432, 455
- Insolvenz des Haftpflichtversicherers 271, 362
- Insolvenzverfahren
 - nach dem Insolvency Act 1986 190 f.
 - nach der InsO 171 f.
 - sektorspezifische 200 f.
- Insured risk *siehe versicherte Gefahr*
- Kammer, berufsständische 398, 399, 401, 429 f.
- Kfz-Haftpflichtversicherung 2, 14, 22, 58, 73, 78, 98, 107, 115, 131 ff., 140, 148 ff., 154 ff., 157, 161, 204 ff., 212 ff., 220 f., 225, 227 ff., 243 f., 269 ff., 295 ff., 310 ff., 313 ff., 327 ff., 344, 346 f., 353 f., 355, 357, 359, 360 ff., 372, 383 ff., 388, 392, 396 ff., 401, 405, 406 ff., 426 f., 432, 441, 445 f., 447, 449 ff., 454
- Kraftfahrt-Bundesamt 396, 426 f.
- Kraftfahrzeughaftpflicht-Richtlinie (KH-Richtlinie) 213, 229, 230 ff., 255, 306, 328 ff., 346 f., 353, 360, 406, 427
 - 1. KH-Richtlinie 232
 - 2. KH-Richtlinie 230 f., 234 f., 315
 - 4. KH-Richtlinie 14, 134 f.
 - 5. KH-Richtlinie 14 f., 134 f., 231
- 6. KH-Richtlinie 78, 107, 114, 135, 149, 170, 213, 229, 231 ff., 273, 301, 353, 360, 394, 406, 426, 449
- „Krankes“ Versicherungsverhältnis 257 f.
- Law Commission 54, 128, 135 ff., 378 f.
- Law of restitution 380, 383, 387 f., 390, 453
- Legalzession 15, 73, 100 f., 119, 122 f., 125 f., 129, 131 f., 139 f., 153 f., 161, 163, 183 f., 186, 187, 189, 190 f., 192, 196, 203 f., 222, 275, 278, 283, 292, 293, 294, 344, 358, 369, 370, 374, 375 f., 382, 415, 440, 446
- Massengeschäft 66
- Mindestversicherungssumme 24, 59, 232, 261, 273, 350
- Missstandsaufsicht 15, 17
- Motor Insurance Database (MID) 406 ff., 426 f.
- Motor Insurers' Bureau (MIB) 231, 314 ff., 322 ff., 328 ff., 337, 339, 341, 361 ff., 406, 408, 411, 427, 451
- Motor Insurers' Information Centre (MIIC) 406 f.
- Nachhaftung des Versicherers 208, 228, 257, 258 ff., 272, 298, 307 f., 350, 354, 370, 372, 451
- Obliegenheiten des Geschädigten 144, 159 f., 226, 263 ff., 308 f., 356 ff., 364 f., 451 f.
- Obliegenheiten des Versicherungsnehmers 14, 34 ff., 39 f., 48, 110, 248 f., 251, 258, 281, 345 f., 438
 - Abgrenzung zu Risikobeschreibungen 251
 - Änderungen durch VVG-Reform 258
 - Arten von Obliegenheiten 36 f.
 - Rechtsnatur von Obliegenheiten 34
 - Zweck von Obliegenheiten 34 f., 248
- Par conditio creditorum *siehe Gläubigergleichbehandlung*
- Passivenversicherung 20 f., 438
- Pay-to-be-paid-Klausel 125, 131, 283 f., 291 f., 351

- Pfändung und Überweisung des Versicherungsanspruchs 24, 57, 87, 112 f., 114, 139, 173, 244, 245, 257, 262, 278, 348, 368, 389, 432, 441, 458
- Pflichthaftpflichtversicherung 14, 22 ff., 39, 46, 54, 56, 58 f., 60, 65, 73, 83, 98, 105, 107, 113 f., 115 f., 166, 171, 176, 215, 223, 227, 251 f., 254 f., 256 f., 263 f., 284, 286, 289, 306, 314, 346, 348 ff., 355, 356 f., 363 f., 387, 389, 398, 408, 432, 438 f., 441, 446 ff., 450 ff., 457 f.
- Prämienhöhung 86 ff., 364, 432
- Prämienzahlungsverzug 33, 46, 248 f., 258, 262, 281, 286, 345, 349, 372, 427, 430, 454
- Pre-action disclosure 418, 420 f., 431
- Pre-action protocols 418, 419 f., 431
- Principles of European Insurance Contract Law (PEICL) 5
- Privity of contract *siehe Relativität von Schuldverhältnissen*
- Prozesskostenhilfe 219
- Prozessökonomie 91 f., 94 f., 112
- Public policy 131, 214, 282, 293, 305, 312, 346
- Rechtsbeziehungen 40 ff.
- Haftpflichtverhältnis *siehe Haftpflichtverhältnis*
 - Deckungsverhältnis 4, 48 ff., 60, 82, 93, 100, 109, 226, 242 f., 259, 276, 312, 343, 345, 355, 369, 371 f., 375, 379 f., 387 f., 389, 393, 404, 438 f., 440, 445, 448 f., 450, 452
 - Rechtsstellung des Geschädigten 24, 52 ff., 71, 90, 258, 293
- Rechtskonstruktive Gestaltungsmöglichkeiten eines gesetzlichen Direktanspruchs
- Anknüpfung an Haftpflichtverhältnis 104 ff.
 - Anknüpfung an Haftpflichtversicherungsvertrag 100 ff.
 - Konzeption als Versicherungsanspruch 103 f.
- Rechtskrafterstreckung 144, 239 ff., 268, 343
- Rechtssicherheit 171, 177, 184 f., 220, 416, 428, 432, 447, 455
- Rechtsstellung des Geschädigten 24, 52 ff., 71, 90, 258, 293
- Grundsatz 52 ff.
 - Einräumung von gesetzlichen Direktansprüchen 54 f.
 - anderweitiger Schutz der Interessen des Geschädigten 55 ff.
- Rechtsvereinheitlichung 5 f., 78, 98, 134, 212, 227, 229
- Regressmanagement 368, 389, 452
- Regressmöglichkeiten des Haftpflichtversicherers
- Deutschland
 - Anspruchsgrundlagen 370 f.
 - Aufwendungsersatzanspruch 373 f.
 - grundlegende Differenzierung 368
 - Legalzession nach § 117 Abs. 5 VVG 375 f.
 - Umfang der Regressansprüche 371 f.
 - Verjährung der Regressansprüche 373
 - England
 - Ablehnung eines gesetzlichen Regressrechts 378 f.
 - gesetzliche Billigung vertraglicher Regressrechte 379 f., 387
 - gesetzliche Regressansprüche 383 ff.
 - Regressrechte aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen 381 ff., 387 f.
- Regulierung durch Haftpflichtversicherer
- Regulierungsvertreter 95, 97
 - Regulierungsvollmacht 30, 32, 39, 95, 96, 243, 246
- Reisefälle 134
- Relativität von Schuldverhältnissen 52, 60, 98 f., 121, 135, 244, 300, 315
- Relevant person 148, 182 ff., 202 f., 414, 447
- natürliche Personen als Versicherungsnehmer 185 ff.
 - Gesellschaften als Versicherungsnehmer 192 ff.
- Reputation der Versicherungswirtschaft 85 f., 440
- Request for information 418, 422 ff.
- Richtlinie *siehe Kraftfahrzeughaftpflicht-Richtlinie*
- Risikoausschluss 24, 248, 250 ff., 253 f., 256, 281 f., 293, 298, 305 f., 312, 335, 345 f., 349, 354

- Risikobeschreibung 18, 214, 248, 250 ff., 281, 305, 345, 349
- Rückversicherung 166 f., 180 f., 217
- Schadenmanagement, aktives 397, 427
- Schadensersatzurteil 116 f., 120, 126, 129, 132, 135, 149, 154 f., 161, 172, 205 ff., 210, 211, 214, 220, 242, 244 ff., 295, 310, 312, 317 f., 322 f., 335, 342 ff., 352, 359, 362, 446, 450, 457
- Schadensversicherung 12, 19 ff., 22, 103, 438
- Scheme of arrangement 189, 193 ff., 197
- Schuldbefreiungsverfahren nach Insolvency Act 1986 188 f.
- Schuldbeitritt, gesetzlicher 73, 80, 105, 114, 146, 160, 162, 236, 244, 249, 267, 271, 441, 445 f.
- Schuldübernahme, kumulative *siehe Schuldbeitritt*
- Selbstbehalt 85, 231, 248, 251, 256, 281, 285, 287, 301, 323, 345, 349, 351 ff., 374 f., 376, 385, 390, 391, 458
- Sonderrechtsbeziehung/-verhältnis 174, 402, 403 f., 405, 429, 455
- Spezialität der versicherten Gefahr 21, 39, 248, 438
- Straßburger Übereinkommen 79, 113 f., 134, 140, 145, 160, 227 f., 232, 255, 270, 327, 346, 360, 442, 449
- Summenversicherung 19
- Trennungsprinzip 80 ff., 112 f.
- materielles 45 ff., 60, 81, 423, 439
 - prozessuales 57 f., 76, 79, 112, 440
 - Ursprung 54, 81 f.
- Ultima ratio 234, 360, 451
- Unbekannter Aufenthalt des Versicherungsnehmers 108, 116, 172 ff., 175, 185, 221, 323, 404, 447
- Uninsured Drivers Agreement 316 ff., 322, 324 f., 328, 331, 332 f., 341, 362
- Anwendungsbereich und Voraussetzungen der Leistungspflicht 316 ff.
 - Begrenzung der Leistungspflicht 318 ff.
 - Verfahren der Schadensregulierung 320 ff.
- Unionsrecht
- unionsrechtliche Vorgaben 14, 78, 107, 114, 133 f., 140, 147, 149 f., 212, 214, 220, 225, 229 ff., 346 f., 425 f., 449
 - Unvereinbarkeit mit Unionsrecht 252, 255, 297, 312, 319, 327 ff., 349, 353, 364, 451, 458
- Untraced Drivers Agreement 315, 318, 322 ff., 362
- Anwendungsbereich und Voraussetzungen der Leistungspflicht 322 f.
 - Begrenzung der Leistungspflicht 324 f.
 - Verfahren der Schadensregulierung 325 ff.
- Verein Verkehrsofferhilfe e.V. 231, 270 ff., 349 f., 361 f., 458
- Versicherungsbedingungen *siehe Allgemeine Versicherungsbedingungen*
- Versicherungslobby 223, 340
- Versicherungswirtschaft 13 f., 47, 79, 85 f., 115 f., 204, 288, 328, 341, 397, 401, 406, 408, 409 f., 411 f., 426 f., 432, 440, 458
- Vertragsfreiheit 16, 23 f., 27, 39, 438
- Vertragsverletzungsverfahren 341
- Vertrag zugunsten Dritter 53 f., 63 f., 145, 166, 217
- Völkerrechtliche Vorgaben 227 f.
- Vorprüfungsanspruch 404
- Vorsätzliche Herbeiführung des Versicherungsfalles 12 f., 214, 228, 248, 252 ff., 281 ff., 293 f., 304 ff., 345, 349, 354, 451, 458
- VVG-Reform 2008 3 f., 30, 66, 79, 114 ff., 143 f., 166, 170, 223, 258, 268, 374 f., 376, 390, 395, 457 f.
- Winding-up 198 ff., 220 f.
- compulsory 122, 184, 199 f., 202, 425
 - voluntary 122, 199, 202
- Workmen's Compensation Act 119 f., 121, 122, 161
- Zentralruf der Autoversicherer 397 f., 401, 402 f., 427
- Zulassungsbehörde 272, 396, 426 f.
- Zwangsvollstreckung 117, 118, 155, 161, 187, 191, 200, 206, 375, 403, 441